

Stand: 04.06.2026 01:13:39

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/11190

"Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern erhalten - Europäischen Emissionshandel sofort abschaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/11190 vom 19.03.2026
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/11862 des BU vom 14.04.2026
3. Beschluss des Plenums 19/12092 vom 21.05.2026



Antrag

der Abgeordneten **Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und **Fraktion (AfD)**

Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern erhalten – Europäischen Emissionshandel sofort abschaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundes- und EU-Ebene für die sofortige Abschaffung des Europäischen Emissionshandels (EU-ETS) einzusetzen.

Begründung:

Die Regierung von Italien hat eine grundlegende Reform des EU-Emissionshandelsystems (ETS) gefordert. Der Minister für Unternehmen und Made in Italy forderte gar eine Aussetzung des Systems. „Das ETS ist nichts anderes als eine Steuer auf energieintensive Unternehmen“, erklärte der Minister laut übereinstimmenden Medienberichten. Ohne Aussetzung oder umfassende Reformen drohe die Gefahr eines Zusammenbruchs der europäischen Industrie, da Unternehmen ihre Standorte in Länder mit niedrigeren Produktionskosten verlagern würden.

Der politisch erzwungene CO₂-Zertifikatehandel betrifft Unternehmen des Energiesektors, Raffinerien, Stahl- und Eisenwerke, Zementwerke, Papierfabriken sowie die Chemie- und Pharmaindustrie. Auch der innereuropäische Luftverkehr muss mittlerweile am planwirtschaftlichen Zertifikatehandel teilnehmen. Die EU geht von jährlich bis zu 65 Mrd. Euro Einnahmen aus dem ETS aus, eine Gegenleistung für die zahlenden Unternehmen ist dabei nicht erkennbar. Diese künstlich herbeigeführten Abgaben erhöhen einerseits die Strompreise in Europa, andererseits die direkten Produktionskosten der betroffenen Industrien. Der Industriestrompreis lag in Deutschland im Jahr 2025 bereits bei 18 Cent je Kilowattstunde und damit mehr als doppelt so hoch wie in den USA.

Das EU-ETS ist eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit des gesamten verarbeitenden Gewerbes und damit für Wohlstand und Beschäftigung in Europa, Deutschland sowie dem Freistaat Bayern. Die Staatsregierung muss die italienischen Vorstöße zur Aussetzung des europäischen Emissionshandels daher auf allen politischen Ebenen unterstützen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch und Fraktion (AfD)
Drs. 19/11190

Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern erhalten - Europäischen Emissionshandel sofort abschaffen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Martin Böhm**
Mitberichterstatter: **Andreas Kaufmann**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 42. Sitzung am 14. April 2026 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - SPD: AblehnungAblehnung empfohlen.

Ulrike Müller
Stellvertretende Vorsitzende



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Gerd Mannes, Harald Meußgeier, Christin Gmelch** und
Fraktion (AfD)

Drs. 19/11190, 19/11862

**Industrie, Arbeitsplätze und Wohlstand in Bayern erhalten –
Europäischen Emissionshandel sofort abschaffen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Alexander Hold

II. Vizepräsident